

PARTEIEN-DEMOKRATIE

Ein Nekrolog in sieben Akten.

Erster Akt

Demokratie gelinkt immer.

Die letzten Bundestagswahlen waren noch nicht entschieden, da zerbrach sich der Demos schon den Kopf, wie viel Zeit den obsiegenden Parteien zum Drehen des Umverteilungsrades bliebe, bevor sie bei der nächsten Landtagswahl dafür abgestraft würden, dass sie zu viel oder zu wenig daran gedreht hätten. Nun, nach dieser Landtagswahl stellen die Wähler der Schwarz-Gelben Demokraten fest, dass die Zeit zum Regieren ungenutzt blieb und die anderen Sozialdemokraten sehen in der Regierungsunfähigkeit des gewählten Personals die Chance für den eigenen Aufstieg.

Realisten kommen zu dem Schluss, dass es vollkommen egal ist, wer die Oberhand hätte, denn nicht eine einzige demokratische Partei könne sich den Spielregeln dieses politischen Systems entziehen.

Richtig regiert worden wäre nach der Bundestagswahl von keiner Partei, da alle um des Machterhalts willen zu nichts anderem in der Lage gewesen wären, als so wenig Wähler wie möglich zu verprellen. Welche Partei auch gerade die Wählergunst ergattern konnte, es kann im Anschluss nichts anderes herauskommen, als sozialdemokratische Politik.

Das ist der Sinn der Demokratie, hört man die Selbstzufriedenen sagen... - hier haben wir doch ein System, welches zwangsläufig dem Volke dient! Das ist nicht abzustreiten, die bundesdeutsche Demokratie ist ein Erfolgsmodell, wenn man es als Ignorant betrachtet, der sich vorn am Kamin wärmt, während hinter ihm der letzte Baum gefällt wird.

Dabei waren die Gründer der Bundesrepublik fest entschlossen, die Menschen nach dem Schock des verlorenen Krieges endlich zu emanzipieren und sie ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen zu lassen. Sie durften sich nun wieder zu Interessenverbänden zusammenschließen, mit deren Drohpotential bei Wahlen gegnerische Gruppen in Schach gehalten werden konnten. Dies wäre auch nicht zu beanstanden gewesen, wenn man das Verteilen von demokratisch erstrittenen Frondiensten und Sachleistungen der unterlegenen Gruppe als Hehlerei unter Strafe gestellt hätte. Das hat man aber versäumt und war dafür findig bei der Suche nach einer Kompensation der Verluste des politischen Gegners. Im Stillen kann bis heute jeder darauf vertrauen, dass nach einer Niederlage niemandem etwas weggenommen wird. Den Gewinnern wird nur der Siegerpokal überreicht, welcher mit ein paar Wahlgeschenken gefüllt ist, die man auf Kredit gekauft hat, wobei die Zinsen von allen Mitspielern der Parteien-Demokratie zu entrichten sind.

So richtig gewinnen durch Wahlen aber die Parteiführer und ihr Klüngel, denn für jede Wählerstimme gibt es Kopfgeld. Damit wird das Auskommen für die nächste Legislaturperiode gesichert. Die vier Jahre, die man nun davon zehren kann, sind ein Kompromiss zwischen zu schnellem Machtverlust und leeren Parteikassen. Sind diese vorher leer, werden Neuwahlen angezettelt und nebenbei Unpopuläre oder Spielverderber aus Führungspositionen entfernt, je nach Heftigkeit der Gegenwehr in die Bedeutungslosigkeit oder nach Brüssel. Dann geht's in die nächste Runde. Es lohnt sich, denn es gibt immer noch Massen erfahrungsresistenter „Wähler“ die sich als Kopfgeldsubjekte gebrauchen lassen.

Der Fetisch, der die Wähler anlockt ist weiblich, heißt „Urne“ und hat einen Schlitz. An einem heiligen Sonntag, den die Parteiführer zum Wahlsonntag erkoren haben, penetriert dann der „Souverän“ die „Urne“ und betet, dass der Samen seiner Begierden in ihr aufgehe.

Was und von wem die Urne auch immer empfängt, die Kinder die sie gebiert und aufzieht, sind neue Umverteilungsstaatsprofiteure. Diese sorgen in der Folge dafür, dass die Politik noch sozialistischer wird, als sie es bereits ist. Seit der Gründung der Bundesrepublik steigt die Staatsquote unaufhörlich. Sie muss steigen, denn Demokratie ist auf die Unterwerfung der Potentiale und Konfiszierung der Erträge der Tüchtigen durch die in immer neue "Gesetze" gefasste demokratische Gewalt der plebejischen Massen (Diktatur des Proletariats) angewiesen, um das System vor sich selbst zu schützen. In einer Demokratie wie der BRD, in welchem nur noch die Hälfte der Bevölkerung einer Erwerbstätigkeit nachgeht und von diesen wiederum nur die Hälfte für die gesamte Abgabenlast "solidarisch" aufzukommen hat, welches demokratische Politiker dann mit spendabler Geste an ihre Klientel verteilen, werden die zur Fron Verurteilten immer weiter in die Enge getrieben. Die Aushöhlung des bürgerlichen Rechts ist dabei dem Widerstand der Enteigneten immer ein Stück voraus.

Das Theaterstück welches auf der "politischen Bühne" gegeben wird, leitet gerade seinen letzten Aufzug mit Aufrufen zum demokratisch legitimierten Raub der Vermögen der „Reichen“ ein, da Schulden machen nicht mehr geht. Dabei wird zu Recht erklärt, was der Solidargemeinschaft (in früheren Sozialismen Volksgemeinschaft oder sozialistisches Kollektiv genannt) nutzt. Aktuell bringt sich die geschasste Ex-Bischöfin Margot Käßmann mit Aufrufen zu demokratischen Enteignungen zugunsten der „Solidargemeinschaft“ in die Schlagzeilen der Systempresse. Parteien-Demokratie ist der lange, Sozialismus der kurze Weg in die Diktatur, wobei "das Problem mit dem Sozialismus ist", wie Margaret Thatcher es einmal ausdrückte, "dass einem irgendwann das Geld anderer Leute ausgeht". Das ist dann der Moment, in dem die Parteistrategen zentralistische Zwangsmaßnahmen, wie die einer Gemeinsamen Wirtschafts-Regierung (GWR), oder einen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) als

„alternativlos“ erklären, deren einzige Aufgabe es ist, auch noch in die elementarsten Eigentumsrechte einzugreifen, die bis dahin tabu waren. Damit ist dann auch der ökonomische Kollaps vorprogrammiert und der demokratische Sozialismus wird von der Realität der ökonomischen Naturgesetze von Angebot und Nachfrage eingeholt. Ist noch Hoffnung auf eine Vernunftlösung innerhalb des parteidemokratischen Systems? Ich denke nicht. Parteien, die dem strukturellen Linksdrall der Demokratie nicht folgen wollen, werden von den eigenen Separatisten links überholt. Der SPD ist das schon zweimal passiert, einmal durch die Grünen und dann durch die Linken, was eigentlich für die SPD spricht. Die sog. „Bürgerlichen Parteien“ sind da geschickter – die überholen sich lieber gleich selbst auf der falschen Seite. Wie weit die Parteien inzwischen nach links abgedriftet sind, veranschaulicht das „Kommunalpolitische Testament“ von 1954, des ersten Kieler SPD-Bürgermeisters nach dem Kriege, Andreas Gayk, welches im Rathaus aushängt:

"Der Zustand unseres Gemeinwesens gestattet den Interessengruppen noch keine Extratouren. Kiel ist noch nicht über den Berg. Der schwerste Brocken, der Wirtschaftsaufbau, ist noch wenig von der Stelle gerückt. Er liegt noch wie ein Klotz vor unseren Füßen. Wenn wir alle unsere Kräfte vereinen, diesen Brocken langsam aber sicher wegzuwälzen, dann wird die natürliche Folge der Wohlstand aller Bürger sein. Niemals sollte aber eine Gruppe der Bürger auf Kosten der anderen oder der Stadt ihre Lage zu verbessern suchen. Nur wenn die Stadt arbeits- und leistungsfähig erhalten wird, kann Sie für das Wohl der Bürger das Notwendige tun."

So war das am Anfang der BRD, da schrieben Sozialdemokraten noch erzliberale Testamente und warnten vor dem demokratischen Sozialismus.

Zweiter Akt

Der demokratische Bildungsnotstand

Demokratien lassen es nur in der Gründungsphase zu, dass hochprofilierte Männer wie Andreas Gayk oder Ludwig Erhardt in leitende politische Stellungen gelangen. Die jedoch bald einsetzende zahlenmäßige Ausweitung des Staatsapparats, die Verflechtung von Wirtschaft und politischem Interesse, der persönliche Nutzen, den politiknahe Kräfte aus populistischen Versprechen und der Aufhetzung einer Gruppe gegen die andere ziehen können, sorgt dafür, dass der Auftritt herausragender, integrierender Persönlichkeiten bald endet. Die demokratische Verfassung macht es möglich, das Volk zur manipulierbaren Verfügungsmasse der Nutznießer des Systems zu machen, ohne dass dieses den Missbrauch bemerkt. Das Parasitentum kann sich rasch entwickeln, sobald erste wirtschaftliche Erfolge es bezahlbar machen.

Der Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn († 1999) näherte sich der Ursache:

„Demokratie macht aus der Politik ein Sondergebiet, in dem ganz andere Gesetze herrschen als im täglichen Leben. Hier verdrängt eine Ideologie Vernunft, Vorsicht und Erfahrung, mit anderen Worten: den gesunden Menschenverstand. Gut regiert zu werden heißt auch freiheitlich, großzügig und intelligent regiert zu werden.“

In der Demokratie gelangen nach einem System der negativen Auswahl a priori Personen an die Macht, deren Charakter Merkmale der Unreife und Unwahrhaftigkeit aufweisen, Personen, die mehr an Macht interessiert sind als am Wohl des Gemeinwesens. Aus der nicht zimperlich mit dem Recht umgehenden 68er Studentenbewegung erwuchs der deutschen Bundesrepublik ein Außenminister namens Joseph Martin Fischer, von seinen Kumpanen/-innen buhlerisch „Joschka“ genannt. Er kam zu Rang und Ansehen in der Politik und auf dem Höhepunkt seiner Macht in den Jahren 1998 bis 2005 bekleidete er ein so verantwortungsvolles Amt wie das des Bundesaußenministers. Seine Vita ist der Idealtypus des demokratischen Politikers und steht für zahlreiche weitere politische Karrieren im Parteienstaat. Fischer verließ noch vor Beendigung der 10. Klasse 1965 das Gottlieb-Daimler-Gymnasium in Stuttgart-Bad Cannstatt ohne Abschluss und begann in Fellbach eine Lehre als Fotograf, die er 1966 abbrach. Danach arbeitete er vorübergehend als Spielwarenverkäufer, Taxifahrer und irgendwann als Minister.

Jemand, der in Deutschland versucht, sich in einem naturwissenschaftlichen Fach zu habilitieren muss höhere Hürden nehmen, damit er Verantwortung übernehmen kann. Um die Berechtigung zu erhalten, in einem speziellen wissenschaftlichen Fachgebiet, an einer bestimmten Hochschule, vor ein paar ausgewählten Studenten zu lehren muss er sicherstellen, dass er als Wissenschaftler sein Fach in voller Breite in Forschung und Lehre vertreten kann.

Für den Beruf des demokratischen Politikers, dem nicht nur ein paar Studenten, sondern ein ganzes Volk ausgeliefert ist, braucht es keinerlei Expertise. Einmal zum Minister ernannt, kann der Erhobene das Ressort nach Geschmack und aktuellem Bedarf wechseln, ohne auch nur die leiseste Kenntnis der Angelegenheit zu besitzen, die er nun öffentlich vertritt. Kaum ins Amt gelangt, sind viele Emporkömmlinge dann auch der Hölle der Öffentlichkeit ausgesetzt. Die Wähler fragen sich ungeachtet ihrer Wahlentscheidung, wieso ihre Parlamentarier ohne professionelle Betreuung plötzlich so überfordert wirken.

Der Einwurf, diese Leute hätten ihre Fachberater greift nicht, denn wenn der Amateurminister bar jeder Tauglichkeit, aber Chef ist und bleiben will, wird er ausschließlich nach politischer Opportunität, also nach

persönlichem Vorteil entscheiden.

Das ist auch nicht überraschend.

Dass der Mensch zu seinem eigenen Vorteil entscheidet, ist viel wahrscheinlicher, als dass er es nicht tut, denn „Wer an der Krippe steht, der frisst!“

Für sich selbst zu sorgen ist Voraussetzung, damit man auch für andere sorgen kann. Jedoch – und hier setzt das Problem ein: ist ein Gemeinwesen so aufgestellt, dass es einer Gruppe von Personen erlaubt ist, sich allein mittels Befehlsgewalt der Arbeitskraft anderer Menschen zu bedienen, so wird das persönliche Nutzdenken auf die Allgemeinheit ausgeweitet. Parteipolitiker können nicht anders, als zum Zwecke der eigenen Machterhaltung und Ausweitung des Einflusses agieren.

Ein letztes Mal blitzte 2005 die Hoffnung auf, dass es auch anders gehen könnte: Die Kanzlerkandidatin Frau Dr. Merkel, hatte den parteilosen, hochgelehrten Rechtsprofessor Paul Kirchhoff in ihr Schattenkabinett geholt, um in Deutschland überfällige Reformen ins Werk zu setzen. Dem sich durch erhebliche Volksnähe auszeichnenden Kanzlerkandidaten Schröder war es ein Leichtes, Prof. Kirchhoff allein aufgrund seiner fachlichen Reputation als „Heidelberger Professor“ zu diskreditieren. Das kam gut an. Paul Kirchhoff hatte in der durch die Sozialdemokraten aufgeheizten Stimmung gegen das Höherstehende keine Chance. Damit war dann die Möglichkeit für vernünftige Politik vertan, Frau Dr. Merkel hat auch nie wieder einen Versuch unternommen, hätte sie deshalb doch um Haaresbreite die Wahlen verloren. Ihre Illusion der echten Menschenbeglückung und Weltverbesserung mündete rasch in eine realistische Sicht der Dinge und ließ sie erkennen, dass sich die Tätigkeit des demokratischen Politikers darauf beschränkt, seine eigene Klientel zu bedienen. Allerdings kann Frau Dr. Merckels nicht hoch genug zu bewertender, aber gescheiterter Ansatz, sachgerecht zu regieren, heute als Zeitpunkt des endgültigen Versagens der Demokratie als vernünftige Regierungsform gelten. Es geht ihr und ihrer Regierung heute nur noch um Konkursverschleppung.

Unter den traumatisierenden Wirkungen der Hatz auf seine Person und Existenz verfasste Paul Kirchhoff ein Buch, das unter dem Titel „Das Gesetz der Hydra“ auf den Markt kam. Darin vergleicht er den demokratischen Staat mit der menschenfressenden, vielköpfigen „Lernäischen Schlange“. Dass diese „Hydra“ eine mythische Gestalt ausgerechnet der griechischen Odyssee darstellt, muss angesichts der aktuellen Tatsachen als Treppenwitz der Geschichte erscheinen.

So bleibt der Bürger weiterhin hilflos dem infantilen Eifer politischer Dilettanten ausgeliefert. Mangels Intelligenz und bar jeglicher sachlich oder moralisch begründbaren Rechtfertigung neigen zahlreiche „Volksvertreter“ dazu, sich in hemmungsloser Geltungs- und Gestaltungssucht zu ergehen. Dabei wird deutlich, dass es eben nicht ausreicht, für sich den Status „gebildet“ zu beanspruchen, weil man lesen und schreiben gelernt hat und u.U. ein akademisches Zeugnis vorweisen kann. Die Verbreitung der Erlösungsdogmen einer planwirtschaftlich orientierten Sozial- und Wirtschaftslehre hat nämlich tiefere Gründe als nur intellektuelles Versagen. Als in vordemokratischen Zeiten die Deutschen noch als „Volk der Dichter und Denker“ galten, wurde politisches Handeln noch als taktische Staatskunst verstanden. Heute wird die Erinnerung daran nur noch achselzuckend im Plusquamperfekt vorgetragen.

Der kolumbianische Philosoph Davila († 1994) erklärte das so:

„Die Freiheit des Demokraten besteht nicht darin, alles sagen zu können, was er denkt, sondern nicht alles denken zu müssen was er sagt.“

Die Bühne für die Auslassungen der Politamateure bieten die GEZ-finanzierten Staatsmedien. Das Volk lauscht dort den hochaktuellen und lebensnotwendigen Nachrichten von der innerstaatlichen Front „kriegerischer“ Auseinandersetzungen zwischen den sich um die besten Plätze am Futtertrog der Steuermittel prügelnden Anwärtler. Und für dieses ekelhafte, die niedrigsten Instinkte des Menschen ansprechenden Schauspiel, zahlen die verbliebenen 25% leistungsfähiger Bürger inzwischen den überwiegenden Teil ihres erwirtschafteten Einkommens. Und dann wird der Ausgeplünderte und Geknechtete auch noch zum Zuhören und Zuschauen genötigt. Kaum ein Ort, wohin man vor dieser Dauerpropaganda fliehen kann.

Risiken bei der Vergewaltigung der Gesellschaft tragen demokratische Politiker nicht.

Stattdessen werden ihnen Denkmäler gesetzt, in Form von nach ihnen benannten Gesetzen (z.B. Hartz).

Die Kommunisten und Gewerkschafter haben ausnahmsweise recht, Hartz IV muss weg – und zwar ersatzlos.

Das demokratische Gebaren des maximalen Herumregierens in minimaler Qualität, ist nicht nur eine Zumutung, Ehrverletzung und intellektuelle Beleidigung, sondern auch extrem teuer. Die Bürger wehren sich tapfer und trickreich durch Steuervermeidung, Schwarzarbeit, Wahlenthaltung, Auswanderung und die Weigerung „Kinder in diese Welt zu setzen“.

Aber auch diese Alternativen sollen jetzt durch die totale Weltdemokratie verbaut werden.

Diese wird bereits am Hindukusch verteidigt.

Dritter Akt

„Liberale Demokratie“

Bisher kenne ich keinen Liberalen, der nicht eifertig versichern würde, natürlich (?) auch ein guter Demokrat zu sein! Dafür kenne ich Demokraten, die allesamt versichern, natürlich (!) keine Liberalen zu sein.

Mehr noch, die linke Mehrheit lässt es sich nicht nehmen, dem Begriff *liberal* noch einen Konsonanten und zwei Vokale hinzuzufügen, damit sich das Unwort gutmenschlicher Entrüstung schöner und länger geifern lässt:

„NEOLIBERAL!“ Die Meister der antiliberalen Hetze fühlen sich außerordentlich wohl in demokratischen Parteien -

die Inkonsistenz der Liberaldemokratie macht's möglich, denn Liberalismus und Demokratie sind zwei völlig gegensätzliche Prinzipien.

Demokratie setzt das Prinzip der Gleichheit vor die Freiheit, der Liberalismus erstrebt die Freiheit der Ungleichen. Zu den Pflichtgeboten des Liberalismus, wie des Christentums, gehört der Schutz des Eigentums.

Die Früchte einer Arbeit sollen in erster Linie demjenigen zustehen, der diese Arbeitsleistung erbracht hat. Ob und wie er nun mit den Schwächeren teilen wird (und das tut er!), muss der Staat dem rechtmäßigen Eigentümer selbst überlassen. Aufgrund der Unterschiede durch Begabung, Mentalität oder Zufall entstehen Ungleichgewichte. Das sollte eine Gesellschaft aushalten. Dass nicht alle Menschen gleichbegabt und fleißig sind, ist ein Naturgesetz, in das sich ein Rechtsstaat nicht einzumischen hat, wenn er nicht größeres Unrecht heraufbeschwören will. Für die friedliche Entwicklung einer Gesellschaft ist der Schutz des Eigentums ohne Alternative.

Liberalismus und Demokratie konnten nur durch Korruption, nämlich Wählerbestechung, für einige Jahrzehnte vermeintlich miteinander versöhnt werden. Die Bestechungssummen wurden nie erwirtschaftet. Die Gelder werden aus heutigen Guthaben geraubt, allerdings so verdeckt, dass kaum jemand dies spürt. Die Folgen wirken sich selbstverständlich auf die künftigen Generationen aus, aber nur insofern, als das Erbe geschmälert ist, als eine Art Schuldnechtschaft entsteht – sofern die Jungen diese antreten. Das Verschieben des Raubes in eine ferne Zukunft erzeugt bei allen – auch bei klugen Leuten – das Gefühl nicht betroffen zu sein. Kredite plus Zinsen werden immer wieder durch neue Kredite; Fiat Money und Inflationierung gedeckt, getilgt wird nie, Tilgung ist auch gar nicht im Programm dieser Herrschaftsform vorgesehen. Dass diese Korruption auf Dauer unfinanzierbar ist, zeigt der sich gegenwärtig ankündigende Staatsbankrott aller westlichen Demokratien, die in nicht allzu ferner Zeit nach dem Dominanzprinzip fallen werden.

Bevor die BRD ihre nationale Souveränität an die EUdSSR abgetreten hatte, war der Wähler noch berechtigt, sein 62 Millionstel Nanostimmchen zu den ihn betreffenden Gesetzesentscheidungen demokratisch abzugeben, heute darf er das sogar mit dem bis unter die Nachweisgrenze verdünnten 338 Millionstel EU-Nanostimmchen. Zu solchen demokratischen Wahlsimulationen mit absoluter Garantie auf individuelle Nichtigkeit und Verlierergarantie, gehen immer noch gern die Menschen, die nie über die Schwelle eines Spielkasinos treten würden, weil ihnen am Roulettetisch die Chance von höchstens 1:36, zu verlieren, zu hoch ist.

Um dem Individuum überhaupt politisches Gewicht zu verleihen, können die politisch selbstständigen Einheiten eigentlich nicht klein genug sein. Nur leider funktioniert Demokratie noch nicht einmal in der Familie. Die funktionierende rechte Familie wird selbstverständlich liberal-autokratisch regiert, wie sollte sie sonst auf Dauer bestehen?

Linke, „moderne“ Familien sind in der Regel zerstört und gepatchworked oder vereinsamt, überzeugt atheistisch, bewusst kinderlos und mit Haustieren ergänzt oder ganz in den Farben des Regenbogens auf einem Schwarzweißfoto, - eingeschlechtlich.

Der demokratische Linksextremismus von heute, geht in seiner ungenierten Schamlosigkeit (gem. Freud der Indikator des Schwachsinn) so weit, die sexuelle Verschiedenheit des Menschen mittels Gesetzesgewalt einzuebnen. Das ist noch nicht einmal den Bolschewisten eingefallen.

Überhaupt ist „moderne Politik“ auf welche demokratische Parteien täglich schwören, je nach Zeitgeist immer etwas anderes. In der „Mode“ verbirgt sich das Programm ihres schnellen Verfalls und ihrer künftigen Lächerlichkeit, wenn diese Mode durch eine neue ersetzt wird.

„Moderne Politik“ verdrängt schleichend das tradierte europäische Recht, welches durch den durch den Freiheits- und Verantwortungsanspruch des Christentums geprägt ist. Die Ehrfurcht vor dem Unendlichen, sowie die bescheidene Annahme eigener Nichtigkeit in Zusammenwirken mit dem Bestreben, im Einklang mit diesen Naturgesetzen das Leben so leidfrei wie möglich zu gestalten, war die Bedingung für die Entwicklung der Kultur und nicht der materialistische Nihilismus eines Karl Marx.

Die drängendste Frage der Gegenwart ist, welcher der beiden unversöhnlichen Widersacher, die linke demokratische Tyrannei der Mehrheit oder der freiheitliche Rechtsstaat die Oberhand gewinnen wird, wenn der Wille der Massen zur Konsumtion gegen die Schöpferkraft der wenigen Begabten antritt.

Im Zuge des Niedergangs der westlichen Demokratien werden die Regierungen keine Legislaturperiode mehr durchhalten, häufige Neuwahlen werden den Prozess noch beschleunigen. Die Entmachtung der Regierungen durch „Brüssel“ versperrt nationale und regionale Auswege.

Das wahre Wesen des Demokraten, nämlich sein Opportunismus, wird sich zeigen, wenn das System an sich selbst verröchtelt.

Niemand wird je Demokrat gewesen sein wollen, wenn die Verkommenheit, Dekadenz und Illiberalität der Demokratie den Abgrund aufreißt.

Vierter Akt

Dejavumokratie

Gegenwärtig verfolgt uns die Empörung der Partei-Demokraten, über die teilweise mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Verfehlungen von Kirchenvertretern.

Wenden wir uns nun im Gegenzuge, den durch die Ersatzreligion des Humanismus geprägten Demokraten zu.

Griechische Antike:

Demokratie ist ein immer einmal wieder zu Versuchszwecken aus der Asservatenkammer antiker Staaten hervorgeholtes Gesellschaftsmodell, das seit 2500 Jahren zuverlässig in Anarchie und Terror des entfesselten Mobs mündet. Deshalb verwirft schon Aristoteles die Demokratie in seiner Πολιτικά und bezeichnet sie als Herrschaft des Pöbels. Diese entartete Staatsform würde nicht das Wohl der Allgemeinheit, sondern nur das Wohl des herrschenden Teils der ungebildeten Massen verfolgen. Schon Aristoteles' Lehrer Platon lehnte die Demokratie strikt ab. Platons Lehrer Sokrates wurde nach der Eroberung Athens durch die Spartaner und der Restauration der Demokratie im Jahre 399 vor Christus der Prozess gemacht. Er wurde wegen antidemokratischen Widerstands verurteilt und hingerichtet.

Ist es Ironie oder Fügung, dass ausgerechnet Griechenlands Demokratie heute als erste dem freiheitlichen Steuerpatriotismus seiner Bürger zum Opfer fällt? Selbstverständlich werden die europäischen Brudervölker den Griechen zu Hilfe eilen, wenn die Regierung Truppen einlädt, um die bewährte Ordnung zu retten.

Die abendländische Philosophie basiert auf einer Kultur der Freiheit des Geistes und der Religion. Wenn die griechischen Denker in weiser Überzeugung Antidemokraten waren, bedeutet im Umkehrschluss Demokratie den Untergang des Abendlandes. Womit wir bei Oswald Spengler wären, der das ganz genau so sah. In seinem letzten Werk: "Jahre der Entscheidung" (1933), welches auf <familienwehr.de/spengler.pdf> frei heruntergeladen werden kann, beschreibt er eindringlich die Weimarer Verhältnisse vor der demokratischen Wahl der National-Sozialisten. Die Parallelen zur heutigen Situation sind erschütternd.

Rom

Die wohl bedeutendste demokratische Entscheidung nach Christi Geburt war die demokratische Forderung des „Volkes“, Jesus Christus zu kreuzigen und an seiner statt Barrabas, den Rudi Dutschke der Antike, zu verschonen. Das Volk zieht stets den Populisten dem Erleuchteten vor.

Dass im frühen Christentum Prozess und Tod des Sokrates als Analogie zur Kreuzigung Jesu galten, weist darauf hin, dass das Christentum damals schon jahrhundertelange Erfahrungen mit der Demokratie verinnerlicht hatte. Christen gehen von der Ungleichheit der Menschen (vor Gott) aus, nicht zufällig ist das Papsttum undemokratisch und monarchistisch - eine vertikale Gesellschaftsordnung, die historisch gewachsen ist.

Mittelalter:

In Europa haben sich Formen der direkten Demokratie ursprünglich vor allem in Gebirgsregionen mit sehr kleinen politischen Einheiten gebildet und gehalten, nicht aber in Reichs- und Handelsstädten mit ihren komplexen arbeitsteiligen Strukturen.

Der Bauernkrieg von 1524/1525

war der größte deutsche Volksaufstand, welcher in diesem Zusammenhang angeführt werden muss, trägt er doch bereits die Züge kommender Gemetzel im Namen der Gleichheit und Gerechtigkeit unter der Führung sich religiös überhöhender Sozialrevolutionäre (Thomas Müntzer)

Französische Revolution 1789

Die sadistischen Exzesse der Jakobiner während der Französischen Revolution 1789 erzeugten einen Blutrausch, der seinesgleichen sucht. Das grausige Initiationsinstrument der demokratischen Verheißung war die Guillotine, eine industrielle Tötungsmaschine, die bei kleinstmöglicher Investition von Zeit und Mühe die größtmögliche Anzahl von Menschen ins Jenseits befördern konnte. Das war der Beginn der Anbetung der bloßen Arithmetik, wie sie die Demokratie bis heute pflegt. Dem unvorstellbaren Grauen und der grenzenlosen Barbarei zum Trotz feiern die Demokraten heute unverdrossen Jahrestage und Jubiläen dieses Aufstands gegen jede Menschlichkeit.

1918 ff.

Seit 1918 hat das Abendland Kulturverluste nicht zu erfassenden Ausmaßes erlitten.

Einer kurzen demokratischen Aufgleisung, folgte in Russland der mörderische Bolschewismus.

Die Weimarer Republik wurde abgelöst durch die absolute Volksherrschaft der National-Sozialisten. Auch die Nasozis waren nach Jahren einer Regierung, die sich nur noch auf Notverordnungen stützte, durch eine satte demokratische Mehrheitsentscheidung an die Macht gekommen, um dann auf eine beispiellose Weise illiberale Politik zu betreiben. Sie blieben demokratisch legitimiert, solange gesiegt wurde. Danach hat sich das Volk den neuen Siegern zugewandt. Das Volk steht immer auf der Seite der Sieger, denn es ist opportunistisch, und die Demokratie der Sieger hat in Deutschland den Opportunismus zur Staatsdoktrin erhoben.

Die Deutschen sind heute - wie von den Siegern beabsichtigt - dabei, ihre eigenen, lebensnotwendigen Anliegen zu vergessen.

Dass auch Europas Suizid durch Plebiszit nicht aufzuhalten ist, dämmert den Führern der demokratischen Parteien, die deshalb tun was sie können: Sie finanzieren mit dem Falschgeld der eigens zu diesem Zweck installierten Notenbanken die Wählerkorruption, um einen künstlichen inneren Frieden zu erzeugen, der ohne diese Maßnahmen schon längst nicht mehr gegeben wäre. Das Volk ist auf eine rücksichtslose Anspruchshaltung dressiert worden, entmündigt von den Parteien, die sich nicht scheuen, alles zu versprechen, sogar Erlösung von Mühsal und irdischer Plage. Wie Goethes Zauberlehrling an eigener Überheblichkeit scheiterte, so werden auch unsere Volksverführer ratlos vor dem Desaster stehen, das sie angerichtet haben. Welcher Meister wird jedoch dann mit dem richtigen Spruch herbeieilen, um die große Katastrophe zu bannen?

Ohne Korruption hätten das Freiheitsprinzip des Liberalismus und das Gleichheitsprinzip der Demokratie nie so lange parallel laufen können. Nun sind die Ressourcen – zuvorderst die demographischen - für diese Zwangsehe vernutzt. Das Schwinden des Lebenswillens und der physische Verfall in den nach anglo-amerikanischem Vorbild errichteten europäischen Demokratien machen das deutlich. Dieses Ponzi-System funktioniert nur so lange, wie man „Nachschub“ an arbeitswilligen und selbstversagenden Personen bekommt. Die demographische Entwicklung ist nicht nur das Ergebnis atheistisch-nihilistischer Dekadenz, sondern vor allem die Folge umverteiler Enteignung durch den Sozialstaat.

Wirtschaftliche Abhängigkeiten schweißen zusammen: Wo die Familie ihren Zweck verliert, weil der Staat dauerhaft Wohlfahrtsgarantien abgibt, wird der Segen der Elternschaft wirtschaftlichem Kalkül geopfert. Wenn die Lebensform Familie einschließlich Kinder nur wirtschaftliche Nachteile bringt, werden dadurch Anreize gesetzt, auf Ehe und Kinder zu verzichten. Nicht allein das Sterben von Religion oder Idealen bedingt den Zerfall der Familie, sondern die politisch erzwungene Vereinzelung mit Hilfe linker Propaganda (besonders hervorzuheben ist das „Gender-Mainstreaming“), dem Schneeballsystem der „Generationenverträge“, sowie die überbordende Besteuerung. Alles zusammen führt zur Zerstörung des Leistungs- und Überlebenswillens und damit der christlich-abendländischen Rechtskultur und mündet in der Pervertierung des demokratischen Gedankens. Die demographische Entwicklung ist die Folge der extrem überhöhten Zeitpräferenz in einer horizontalen, gleichgestellten Gesellschaft. Der menschenzentrierte Humanismus der Demokraten löscht seinen Gott aus – das Individuum.

Bisher ist Parteien-Demokratie nur kalter Bürgerkrieg.

Ob nach dem finanziellen, demographischen und moralischen Bankrott der westlichen Demokratien auch der zivilisatorische Bankrott in einer sozialistischen Tyranis folgt, ist offen. Befürchten muss man es, denn Demokratie ist konstitutionell vermassend und damit potentiell gewalttätig.

Fünfter Akt

Die Demokratie und der Neid

Nicht nur in der DDR wurde allen Schülern vermittelt, dass jedes „Ausbeutungselend“ eine einzige, verwerfliche Ursache habe: das aus dem arbeitsteiligen Wirtschaften hervorgehende Sondereigentum an den Produktionsmitteln. Folgerichtig halten die Anhänger des Vulgärkommunismus die vermeintliche Urform der menschlichen Ordnung bis zum heutigen Zeitpunkt als erstrebenswert. Sie huldigen dem Dogma der klassenlosen Gesellschaft, also der friedlichen und fröhlichen Gemeinschaft der Gleichen; das nennen sie folgerichtig sozialistische Demokratie (DDR) oder demokratischen Sozialismus (BRD). Die Ostdeutschen reagierten darauf mit einem Witz: Im Kapitalismus herrsche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, im Sozialismus sei es genau umgekehrt. In diesem Witz steckt die Erkenntnis, dass eine arbeitsteilige Gesellschaft die Ungleichheit zwischen den Menschen fördert und Verschiedenartigkeit unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftliches Gedeihen ist. Einem primitiven, gleichheitsversessenen Gedankenansatz ist solche Denkweise fremd.

Ob eine Gesellschaft sich entwickelt oder nicht, hängt davon ab, ob der allgegenwärtige Neid kanalisiert werden kann. Das Christentum hat diese schier unmögliche Leistung vollbracht. Mit dem Schwinden des Glaubens und dem gleichzeitigen Aufkommen der Instrumentalisierung des Neides im Namen der „Demokratie“ verschwindet auch die Bereitschaft, die Ungleichheiten im Leben als naturgegeben hinzunehmen. Der Marxismus ist eine Neidideologie. Wird diese zum obersten Grundsatz des Zusammenlebens erhoben, so zerfallen die fruchtbaren Strukturen einer göttlichen Ordnung, breiten sich kultureller Verfall, Neid, Armut und Gewalt aus. Es gibt wie bei allen Lebenserscheinungen keine objektive Skala, anhand derer gemessen werden könnte, ab welchem Punkt Neid empfunden wird. Im Gegenteil: je mehr äußerliche Gleichheit hergestellt wird, desto neidischer werden die Individuen. Niemand gönnt dem anderen mehr auch nur einen noch so geringen, auch nur vermeintlichen Vorteil.

Der österreichisch-deutsche Soziologe und Publizist Helmut Schoeck. († 1993) schreibt in seinem Buch „Der Neid und die Gesellschaft“ (Herder, S.82):

„Es gehört aber gründliches Durchkämmen ethnographischen Materials dazu, ehe man begreift, wie wenig der Neid von bestimmten Größenordnungen bei den Unterschieden in den Lebenslagen, von kulturellen oder politischen Entwicklungsstufen abhängt. Der Neid gehört zu den unvermeidlichen Begleiterscheinungen menschlichen Gesellschaftslebens.“

Neid ist eine Folge der gewaltsam zum Ideal erhobenen Gleichheit. Niemals gab es, noch wird es eine Gesellschaft völlig Gleicher geben. Je ähnlicher die äußerlichen Lebensbedingungen, desto gehässiger werden die Gesellschaftsmitglieder untereinander (Mobbing). Es genügt dann schon, fröhlicher zu erscheinen, über besondere körperliche Vorzüge zu verfügen oder aber in gewissen Handlungen geschickt zu sein, um Ziel von Anfeindungen zu werden. Je mehr die materielle Gleichheit erreicht wird, desto eher gleiten die Angriffe ab auf die persönliche, auf die seelische und leibliche Ebene.

Schoeck zitiert auf Seite 199 aus Fritz Fleiners Werk „Bundesstaatsrecht“:

„Ist die Rechtsgleichheit das Lebenselement der Demokratie, so ist sie aber auch ihre Klippe. Denn sie fördert jenen Fanatismus und Neid, der die Menschen auf allen Gebieten des Lebens gleich behandeln will und die Unterschiede, die auf höherer Bildung, Erziehung, Einsicht, Tradition usw. beruhen, als undemokratisch verwirft.“

Das System der Demokratie verlangt nun, daß verschiedene Parteien, ihre Führer oder Sprecher abwechselnd an die Macht kommen können. Hin und wieder müssen also die einen erfolgreicher als die anderen die Konkurrenten angreifen, kritisieren und verdächtigen. Selbst wenn sich Wahlkämpfe, was unwahrscheinlich ist, einmal auf der Ebene reiner Geistigkeit mit wissenschaftlichen und logischen Begründungen abspielen sollten, geben die oft sehr bissigen und irrationalen Kämpfe und Eifersüchteleien zwischen Gelehrtschulen und wissenschaftlichen Lagern kaum Grund zur Hoffnung, der Ton und das Niveau der Demokratie würde damit besser werden. Es wird sich immer um die willkürliche Zerstörung eines gegnerischen Standpunktes handeln. Selbst wenn er rational noch so gut angreifbar ist, wird es sich immer lohnen, ihn auch noch von der gefühlsmäßigen Seite her anzugehen.

Es wäre ein Wunder, wenn der demokratische politische Prozeß sich je der Benutzung des Neidmotivs enthalten würde. Seine Nützlichkeit liegt allein schon darin, daß es im Prinzip genügt, dem Neidischen das Wegnehmen, das Zerstören eines Wertes beim anderen zu versprechen, ohne in der Lage zu sein oder auch nur behaupten zu müssen, man werde ihm etwas zusätzliches geben. Der Negativismus des Neides erlaubt es selbst dem impotentesten Kandidaten, ein einigermaßen glaubwürdiges Programm aufzustellen, da jeder, einmal an der Macht, nehmen und zerstören kann. Zusätzliche Werte, Arbeitsplätze, Kapital usw. zu schaffen, erfordert ein genaues Programm. Selbstverständlich werden Kandidaten es meistens versuchen, positive Neuleistungen zu versprechen, aber oft sieht man nur zu deutlich, wie nahe unter der Oberfläche die Spekulation auf den Neid liegt.“ (Seiten 200 f)

Fritz Fleiner (1867-1937), war Professor für Staats-, Verwaltungs- und Kirchenrecht an den Universitäten Basel, Tübingen, Heidelberg und Zürich.

Sechster Akt

Demokratie und Schuldknechtschaft

Während eines Israelaufenthalts nutzte ich die Gelegenheit, mich über das Kibbuz-System eines basisdemokratischen Sozialismus zu informieren. Ich erfuhr, dass der Staat Israel die Subventionen stark gekürzt habe, denn die Kibbuze seien „Fässer ohne Boden“. Mittlerweile ähnelten sie Altersheimen mit Museumscharakter, das Durchschnittsalter läge bei über 50 Jahren, die Jugend sei geflüchtet. Im Grunde sei das Experiment gescheitert, Kibbuze existierten nur noch der Tradition wegen.

Vor 1989 machte hinter der Mauer das Bonmot die Runde, die DDR gäbe es nicht dank, sondern trotz des Sozialismus. Hinzugefügt sei, dass auch die rasante wirtschaftliche Entwicklung der BRD nicht etwa der demokratischen Gesellschaftsordnung zu verdanken ist, sondern allein dem dynamisch, kraftvollen Gestaltungswillen und dem vorbildlichen Fleiß ihrer Bevölkerung. Es ist dazu nötig, sich einmal bewusst zu machen, dass die gesamte Wirtschaft hierarchisch und damit undemokratisch organisiert ist, ja sein muss, will sie erfolgreich sein. Kein namhaftes Großunternehmen, kein erfolgreiches Kleinunternehmen, ist jemals demokratisch organisiert gewesen. Sollte es ernsthafte Versuche dieser Art gegeben haben, so waren sie stets von kurzer Dauer, da der zwangsläufige Niedergang einer solchen Organisationsform den Niedergang des Unternehmens einleitet. Einzig und allein ein Abbruch des demokratischen Experiments kann den Niedergang stoppen und die Firma retten. Überleben können nur die mit Steuergeldern subventionierten Formen demokratisierter Wirtschaftssubjekte, wie der Kibbuz. Aber auch das nur auf Zeit.

Am effektivsten und erfolgreichsten arbeiten nicht die Aktiengesellschaften samt ihren Aufsichtsräten und Aktionärsversammlungen, sondern die liberal-autokratisch geführten Familienunternehmen, deren Eigentümer durch ihre christlichen Grundsätze die Belegschaften motivieren und halten können. Dies gelingt, weil in einem privat geführten Unternehmen von der Spitze her das Vorbild der Eigenverantwortlichkeit vorgelebt wird.

Taiwan und Singapur machen vor, dass das wirtschaftliche Prinzip liberal-autokratischer Führung (Mandarinismus) auch in Staaten funktioniert, davon habe ich mich während meiner beruflichen Tätigkeit in diesen Ländern überzeugen können. Bettler habe ich nur wenige gesehen. Dafür strotzen diese Staaten vor Jugend und Leistungsfähigkeit, sowie ungebrochener Lebensfreude und optimistischen Zukunftserwartungen.

Die westeuropäischen Demokratien sind lediglich für einen beschränkten Zeitraum finanzierbar gewesen, dank der nach dem 2. Weltkrieg herrschenden ökonomischen Sonderbedingungen:

1. Wirtschaftlicher Erfolg durch Überschüsse während des Kondratjew Sommers (Technologieschub)
2. Wegfall der Versorgungsansprüche eines Großteils der Altengeneration, da diese im Krieg ihr Leben gelassen hatten – ihre Hinterlassenschaften kamen den Überlebenden einer zunächst verjüngten Gesellschaft zugute und dienten zu einem nicht unwesentlichen Teil der Investition in den Aufbau.
3. Kapitalüberschüsse aufgrund der Kinderlosigkeit der Nach68er, wodurch Versorgungs- und Ausbildungskosten eingespart werden konnten, von der linken Systempresse auch „demographische Rendite“ genannt.

Daran, dass diese Sonderbedingungen nicht endlos fortbestehen konnten, kann niemand zweifeln. Die illusorische Nachkriegssituation hat inzwischen einer grundlegend gegensätzlichen Realität Platz gemacht: Die kinderlose Generation strebt in die Alimentierung, die Restjugend verhartzt, schuffet unterbezahlt oder begeht Republikflucht. Durch die derzeit praktizierte, politisch erzwungene Wirtschaftsführung wird der Wohlstand geschmälert, der

Zustand der Infrastrukturen der Industrienationen verschlechtert und die Substanz aufgezehrt. Margen aus Technologieentwicklungen fließen zunehmend in die Autokratien Asiens. Damit wird dem umverteilenden Betreuungsstaat die Bestandsgrundlage entzogen, was wiederum die künftigen Lebensumstände der jetzt noch jungen Menschen oder Ungeborenen beeinträchtigt. Sie übernehmen ein ausgehöhltes System in dem nach folgendem Muster gewirtschaftet wird:

Die Mächtigen konfiszieren zunächst einen Teil der Ersparnisse und gleichzeitig zwingen sie die Produktiven, bereits mehr als die Hälfte ihrer Lebensarbeitszeit mit unentgeltlichem Frondienst zu verbringen. Hohe Besteuerung im Verbund mit Inflationierung kosten Arbeitskraft und Lebenszeit. Geld symbolisiert diesen Vorgang lediglich. Der demokratische Politiker sagt zum Wertschöpfenden: „Gib mir alles, was Du nicht zum überleben brauchst!“ Weil ihm diese Menge nie reicht, sagt er bald darauf: „Gib mir mehr!“ Man kann jedoch nicht mehr nehmen, als realiter abpressbar ist, da weitere Belastungen steuersenkende Vermeidungsstrategien provozieren. Der Versuch der Kleptokraten, mehr zu nehmen als tatsächlich vorhanden ist, wird verharmlosend als „Leben auf Kosten unserer Kinder“ genannt, ganz so, als ob die, welche sich noch schinden, das Erbe ihrer Kinder leichtsinnig verprassen würden. Der Irrtum könnte nicht größer sein. Der Satz: Es ist genug Geld da, es muss nur anders verteilt werden, ist eine glatte Aufforderung zum demokratisch legitimierten Raub. So versteht es die Allgemeinheit. Die Folgen für das Handeln sind verheerend, weil das Ausmaß des Verbrechens nicht erkannt wird.

Im Ergebnis erleben wir den Versuch des Kartells aus Notenbanken, Banken und Politikern, das Volk zu versklaven. Dazu wird es zum aktuellen Zeitpunkt enteignet, und nachdem sich das Kartell das private Kapital einverleibt hat, beginnen sie ein Schuldverhältnis zu konstruieren, indem sie den Beraubten einen Teil des Geraubten „leihen“. Diese angeblichen Kredite sind, juristisch gesehen, ein Abhängigkeitsverhältnis. Da niemand von den heute Lebenden in der Lage ist, Abzahlungen zu leisten, da ja jeder Überschuss sofort konfisziert wird, verweisen unsere staatstreuen Ökonomen auf die „Zukunft“, in der unsere Kindern sippenhaftend „abbezahlen“ sollen, was die Eltern angeblich an „Schulden“ aufgetürmt haben. Für unmoralische und de facto nicht zu rechtfertigende Zins- und Tilgungszahlungen sollen die Jungen in Zukunft unentgeltliche und schlecht bezahlte Sklavenarbeit leisten.

Die herkömmliche Terminologie (auf Kosten von..., über Schulden finanziert..., usw.) führt den Verstand in die Irre. „Auf Kosten der jungen Generation“ stimmt bloß insofern, als die Gefahr besteht, dass die sich heute anbahnende Versklavung auch für die nächste Generation fortbesteht.

Doch dieser Sorge steht auch Hoffnung gegenüber. Die Jungen werden sich – hoffentlich – zu wehren wissen.

Das Internet war der letzte technische Zug, auf den der Freiheitsgedanke noch aufspringen konnte, bevor es zu spät gewesen wäre. Deshalb ist das Internet auch in seiner Freiheit gefährdet. Die Jungen haben noch weniger als wir einen Vertrag mit dem Kartell geschlossen, und die Chancen stehen gut, dass einige von ihnen dies auch begreifen und ihm die Stirn bieten.

Siebter Akt

Es gibt ein Leben nach der Parteien-Demokratie

Bereits beim Kollaps des Sowjetsystems hatten die westlichen Demokratien ihren Zenit überschritten, konnten jedoch dank der wirtschaftlichen Öffnung des Ostens für etliche weitere Jahre wirtschaftlich expandieren, bis Korruption, Anarchie, Kriminalität und entvölkerte Landstriche die demokratischen Missionare in ihrem Tatendrang einschränkten. Manche Gegenden Ostdeutschlands gleichen heute Potemkinschen Dörfern und sind beinahe menschenleer. Mit dem „Humankapital“ des Ostens konnten die demographischen Löcher Westdeutschlands noch einmal gestopft werden, nun ist auch dieses Vorratslager erschöpft.

Ein System auf Billionen Schulden zu gründen und mit demokratischer „Kultur“ das „Humankapital“ zu vernichten, ist auch keine Erfolgsgeschichte und funktioniert nur so lange, bis kein Kredit mehr gewährt wird und keine qualifizierten Arbeitssklaven aus fremden Ländern mehr eingekauft werden können. Der Offenbarungseid wird diesem System nicht erspart bleiben, denn eine Gesellschaftsordnung, deren Existenzbedingung es ist, sich die eigenen Ressourcen zu entziehen, hat keine Zukunft.

Demokratie als Regierungsform verkörpert eine politische Zwangseinrichtung mit Tendenz zur Ausweitung der Unterdrückungsmechanismen im Ringen ALLER mit ALLEN. Demokratie ist der Boden, auf dem die Kultur des Sterbens praktiziert wird, denn sie richtet sich gerade gegen jene, von denen die Mehrheit lebt: die Minderheit der Leistungsfähigsten, der Besten einer Gesellschaft. Angesichts der bedrohlichen Situation kann es heute nicht mehr darum gehen, das auf dem letzten Loch pfeifende System zu retten. Vielmehr wäre es vordringliche Aufgabe, die drohende zivilisationsvernichtende Gewalt zu verhindern, die jeden Niedergang unweigerlich begleitet.

Die Befürchtung, das westlich-demokratische Imperium werde nicht gewaltlos implodieren wie vormals das Sowjetimperium, wird von den meisten nachdenklichen Beobachtern geteilt. Wir haben es heute mit einer fanatisierten, militanten Anhängerschaft der totalen Demokratie zu tun. Dagegen waren die überzeugten Systemlinge des Realsozialismus ein harmloser Haufen, wenngleich nicht weniger hinterhältig und listig ihre Ziele weiterverfolgend, wie sich nach 1989 eindrucksvoll gezeigt hat.

Eine weitere Gefahr resultiert aus der Tatsache, dass die westlichen Demokratien heute über ein in der Geschichte noch nie dagewesenes Arsenal von Waffen mit ungeheurem Vernichtungspotential verfügen. Mit diesen Waffen und tausenden jungen, ahnungslosen Uniformierten, stehen sie heute weltweit im Felde der demokratischen Selbstgerechtigkeit. Ein aus überheblichem Kalkül vom Zaun gebrochener Krieg, gegen das Kulturvolk der Perser, dürfte das Stalingrad des Westens werden.

Wer nun meint, vor so einer Zukunft könne uns nur eine Revolution bewahren, würde aber den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wollen, denn Gesellschaftsentwürfe hatten wir genug. Darüber hinaus unterliegen in jakobinisch-marxistischer Tradition geführte Revolutionen der Legendenbildung, wenn die enttäuschten Massen die vorher erlebte Befriedung der Gesellschaft für ein Ergebnis der Demokratie und nicht der an ihr Ende gekommenen, auch auf internationaler Ebene raubfinanzierten Neidkompensation halten.

Der Begriff Revolution erzeugt Vorstellungen, die von der Sache selbst nicht gerechtfertigt sind. Dies ist u.a. ein Ergebnis wirkungsmächtiger Propagandaarbeit einer Clique, deren Hauptziel der Umsturz bestehender Ordnung ist, vorgeblich zum Nutzen der Allgemeinheit, in Wahrheit aber aus billigem Selbstzweck. Das Mittel zu diesem Zweck ist die Revolution, deren Ausführende nicht identisch sind mit den Nutznießern, sollte der Aufruhr gelingen. Wie ein Lokführer die Kohlen nur zum Zwecke des rascheren Vorankommens in den Kessel schaufelt, so verheizen Revolutionsführer naivgläubige Massen. Nichts bleibt. Nur Asche und Elend. Den Glorienschein der Revolution montieren erst nachträglich die dafür bestimmten und genau instruierten „Geschichtsschreiber“. Der Rest ist banal, denn nun entstehen aus sich selbst heraus Mythen, sie festigen sich durch Weitergabe von Person zu Person. Vergangenheit ist nicht überprüfbar und daher in beliebige Formen zu bringen. Die Wahrheit führt dabei ein kümmerliches Dasein.

Alle auf "wissenschaftlichen" Fundamenten ruhenden, künstlichen Gesellschaftsentwürfe sind ohne jede Ausnahme gescheitert – die einen bereits nach kurzer Zeit, andere mochten hingegen generationenübergreifend überdauern, sofern die Voraussetzungen für die gewaltsame Aufrechterhaltung von Unrechtregimen günstig waren. Ein jedes aber scheiterte an der Realität, die sich wenig um Ideologien kümmert. Es wird keine neue tragfähige Gesellschaftsordnung geben, die auf einem künstlichen Unterbau errichtet ist. Allein die natürliche Ordnung hat eine Zukunft - die ist aber nicht menschengemacht sondern gottgegeben. Das Fehlen der gewohnten Perspektive auf einen "Gesellschaftsentwurf" oder ein „rot-grünes Projekt“ verunsichert jedoch und lässt sich die Menschen an das Bestehende klammern.

Wir benötigen deshalb keinen Gesellschaftsentwurf, weil Menschen unfähig sind, Gesellschaftsentwürfe zu erstellen, die funktionieren (s.o.). Sämtliche Sozialingenieure der „Neuen Welt“ rühren im Soziotop herum und zerstören damit ersatzlos natürliche Ordnungen. DAS muss aufhören. Mehr als Rechtswahrung im Innern und die Sicherstellung der äußeren Sicherheit, hat eine Regierung nicht zu leisten. Dann kommt sie auch mit dem Zehnten aus.

Doch wie kann erreicht werden, dass die bequem vom Raubrittertum Lebenden sich aus ihren Partei-Burgen zurückziehen?

Die Menschen brauchen eine zentrale Botschaft, ein Ideal, einen Fixstern außerhalb menschengemachter Zwangssysteme, nach dem sie ihr Leben einrichten können. Auch in ihrer persönlichen Lebensplanung folgen Menschen selten einem Konzept, sondern eher ihren unbewussten Instinkten, die durch die jeweiligen Anforderungen ihrer Umgebung geprägt sind. Sie geraten in Verzweiflung über die vielen widersprechenden Botschaften, enttäuschte Ideale und den gefallenen Leitstern des Christentums, der nunmehr ersetzt ist durch die vielen, selbsternannten Leuchten am Firmament, die aufsteigen und wieder fallen, Bischöfin Käßmann ist eine davon.

Eine künstliche Ordnung kann nur verschwinden, wenn sie von selbst zerfällt. Da nicht alle Organe der künstlichen Ordnung zum gleichen Zeitpunkt absterben, überleben virulente Teile und infizieren sogleich das neu entstehende Gewebe, welches zunächst immer der Beginn einer Neuordnung auf organischer Grundlage ist.

Die Zukunftsfrage lautet daher nicht:

Bekommen wir eine Diktatur, oder werden wir den Herkulesakt zu einer freiheitlichen Ordnung stemmen?

Sondern so:

In welcher Weise wird der Zusammenbruch der morschen Konstruktion erfolgen? Wird das Konstrukt allmählich in Fäulnis übergehen? Werden unbekannte Hände Sprengstoff und Lunte legen, auf dass das Imperium mit einem kraftlosen Seufzer in sich zusammensinkt, Millionen Ahnungsloser unter sich begrabend?

Die Hoffnung auf gezielte Verbesserung der bestehenden Gesellschafts- und Staatskonstruktion steht im Gegensatz zu den Interessen der politischen Klasse und der hinter ihnen im Verborgenen wirkenden Mächte. Es ist unwahrscheinlich, dass sie sich zu unserem Vorteil und zu deren Nachteil bereit erklären, ab sofort das Brot, das sie essen, aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Noch haben wir trotz dieses Ungleichgewichts gewisse Freiräume, was das Leben auch hier unten erträglich macht. Auch die Mächtigen unterliegen gewissen Zwängen, müssen sich gegen die ambitionierte Räuber Konkurrenz zur Wehr setzen, fühlen sich ausgesetzt und bedroht. Möglicherweise ist deren Leben in gewisser Weise sogar unbequemer als das unsrige. Da aber Wachstum das Kennzeichen aller natürlichen wie künstlichen Einrichtungen ist, werden unsere Freiheiten allmählich dahinschwenden, und wir steuern tatsächlich auf eine totalitäre Gesellschaftsordnung zu.

Einen sicheren Ausweg kann niemand weisen.

Doch gerade deshalb lohnt es, sich mit den Konzepten des Kreisauer Kreises, aus dem heraus 1944 das Attentat auf Hitler geführt wurde, auseinanderzusetzen. Der Kreis um Graf James von Moltke entwickelte während der Zeit des Niedergangs der National-Sozialistischen Herrschaft ein Konzept eines auf kleintelligen, subsidiären Einheiten gründenden deutschen Staatsverbandes. Grundlage der Kreisauer Pläne war es, ein naturrechtlich fundiertes, ethisch-religiöses Gesellschaftsfundament zu bilden.

Moltke schrieb im Oktober 1940: „*Es ist der Sinn des Staates, Menschen die Freiheit zu verschaffen, die es ihnen ermöglicht, die natürliche Ordnung zu erkennen und zu ihrer Verwirklichung beizutragen.*“

Der freien Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen sollte dabei eine „*schwere Hypothek*“ aufgeladen werden – die „*Kumulation von Recht und Pflicht*“. Prinzip des Staatsaufbaus sollten die weitgehend selbstverwalteten "kleinen Gemeinschaften" wie Landsmannschaften, Familien, Betriebsgemeinschaften oder Kirchengemeinden sein. Mit ihnen sollten zukünftig die Manipulierbarkeit größerer Menschengruppen erschwert und die Grundlage für ein verantwortungsbewusstes Handeln des Einzelnen geschaffen werden.

Da wir heute eine manipulierte Gesellschaft in einer noch nie dagewesenen Größenordnung haben, stellt sich die Frage, wie die Unfreien aufgeklärt, ermutigt und wieder auf die eigenen Füße gestellt werden können. Die Mentalitätsunterschiede der Deutschen und ihre gewachsenen kulturellen Unterschiede sind noch soweit intakt, dass es möglich sein sollte, den niederen Einzeller Deutschland wieder zu einem höheren, intelligenten Mehrzeller zu entwickeln. Ein eigenverantwortliches Handeln ist dabei nur möglich, wenn das Eigentumsrecht wieder zur obersten Prämisse der Rechtsordnung wird – doch gerade das kann nicht erfolgen, solange die Herrschenden aus der Verletzung der Eigentumsrechte ihre starke Position beziehen.

Deshalb schleift das Konzept des Kreisauer Kreises die Raubritterburgen der Demokratie - die Parteien - und damit den Parteienstaat.

Im Beschlusspapier der zweiten Kreisauer Tagung vom Oktober 1942
(Anm.: Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad am 31. Januar 1943)
heißt es:

Staatsaufbau

Das Reich ist die oberste Führungsmacht des deutschen Volkes. In seiner politischen Gestalt müssen sich echte Autorität und echte Mitarbeit und Mitverantwortung des Volkes verwirklichen. Sie steht auf der natürlichen Gliederung des Volkes: Familie, Gemeinde, Landschaft. Der Reichsaufbau folgt den Grundsätzen der Selbstverwaltung. In ihr vereinigen sich die sittlichen Werte der Freiheit und persönlichen Verantwortung mit den Erfordernissen von Ordnung und Führung.

Dieser Aufbau will die Einheit und die zusammengefaßte Führung des Reiches sichern und seine Eingliederung in die Lebensgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen.

Die politische Willensbildung des Volkes vollzieht sich in Räumen, die für den Einzelnen überschaubar bleiben. Auf den natürlichen Gliederungen der Gemeinden und Kreise bauen sich landschaftlich, wirtschaftlich und kulturell zusammengehörige Länder auf. Um eine wirksame Selbstverwaltung zu ermöglichen, sollen die Länder die Zahl von drei bis fünf Millionen Einwohnern umfassen.

Die Aufgabenverteilung erfolgt nach dem Grundsatz, daß jede Körperschaft für die selbständige Erledigung aller Aufgaben zuständig ist, die sie sinnvollerweise selbst durchführen kann.

Dieses Konzept ist nach wie vor unvereinbar mit den US-amerikanischen Machtinteressen in Europa. Am Zustand des Dollars und der Höhe Goldpreises wird sich aber ablesen lassen, ab wann Anlass zur Hoffnung besteht.

In dem Maße, in dem uns die Demokratie wie vor 80 Jahren wieder in den Totalitarismus führt, könnten die Ideen des Kreisauer Kreises Grundlage des Strebens nach einer natürlichen, menschengerechten Ordnung werden.

Unverzichtbare Literatur zum Thema Demokratie:

Ritter Erik von Kuehnelt-Leddihn:
"Demokratie - eine Analyse"
Stocker Verlag Graz.
ISBN 3-7020-0737-7

Ich danke dem „dickbrettbohrer“ für die wertvollen Ergänzungen und Hinweise.

R. Woldag, März 2010

Dieser Artikel erschien auf www.ef-magazin.de sowie auf www.freiewelt.net